

Außenpolitik

Merkels Mann trifft Trumps General

Um endlich ein klareres Bild von der Außenpolitik des künftigen US-Präsidenten Donald Trump zu erhalten, schickt Bundeskanzlerin Angela Merkel ihren außenpolitischen Berater Christoph Heusgen zu Gesprächen in die USA. Anfang der Woche reist Heusgen nach New York, wo er unter anderem Trumps designierten Nationalen Sicherheitsberater Michael Flynn treffen will. Der General im Ruhestand und ehema-

lige Chef des Militärgheimdienstes Defense Intelligence Agency (DIA) hat sich ebenso als Russlandfreund hervorgetan wie der designierte Außenminister Rex Tillerson. Merkels Sicherheitsberater Heusgen hingegen gilt als sehr Putin-kritisch. Im Kanzleramt ist man in Sorge, dass sich der künftige amerikanische Präsident mit seinem außenpolitischen Team über bereits beschlossene Sanktionen gegen Russland hinwegsetzen und eine gemeinsame Haltung des Westens gegenüber Moskau unmöglich machen könnte. csc, ran

Spionage

Türkische Imame als Agenten?

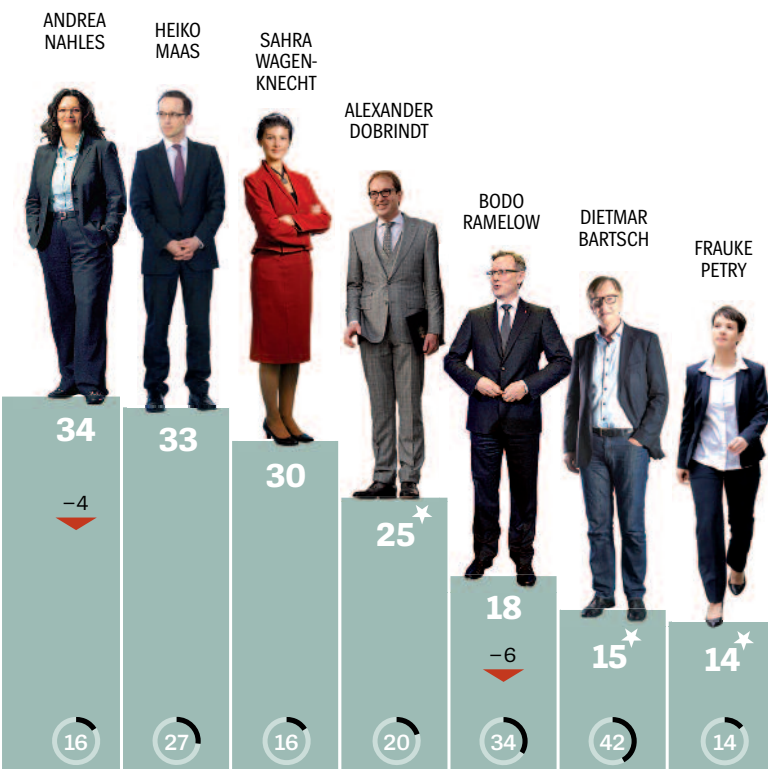
Die Spionagevorwürfe gegen den türkischen Religionsverband DITIB erhärten sich. Der religionspolitische Sprecher der Grünen im Bundestag, Volker Beck, übermittelte der Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe brisantes Material. Es legt nahe, dass Imame der DITIB (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion) in Deutschland lebende türkischstämmige Gläubige ausspionieren – im Auftrag der

Regierung in Ankara. Bei dem Material handelt es sich um Dateien sowie Kopien von Dokumenten. Darunter sollen sich ein Schreiben des Amtes für religiöse Angelegenheiten Diyanet an türkische Auslandsvertretungen sowie Berichte türkischer Generalkonsulate in Deutschland nach Ankara befinden. Beck stellte auch Strafanzeige wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit. Die DITIB streitet die Vorwürfe ab. Die „neuerlichen Unterstellungen“ seien „fern der Wirklichkeit“. csc

Umfrage

Die Kanzlerin legt wieder zu

Treppab, treppauf: Die Kanzlerin ist wieder beliebter, zwei Drittel der Befragten möchten, dass Angela Merkel eine „wichtige Rolle“ spielt. Ihre Werte waren schon mal deutlich besser, zuletzt aber schlechter. Und die Konkurrenz von der SPD? Außenminister Frank-Walter Steinmeier, Bundespräsident in spe, wird langsam zum Umfragekönig, NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft ist beliebt wie immer, aber Kanzlerkandidat soll ja ein anderer werden. Die aktuelle Rangliste: Martin Schulz jetzt gleichauf mit Sigmar Gabriel.



Berater

Neuer Auftrag für McKinsey

Die Beratungsgesellschaft McKinsey kann sich über den nächsten Großauftrag der öffentlichen Hand freuen: Die Bundesagentur für Arbeit (BA) lässt sich bei IT-Fragen von ihr helfen. Die BA setzt schon seit Jahren auf die Dienste der Firma. Zwischen September 2015 und Februar 2016 arbeiteten die Berater teils „pro bono“ für einen Arbeitsstab der BA und des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. McKinsey erbrachte Leistungen im Wert von gut 1,1 Millionen Euro unentgeltlich und kassierte überdies 4,96 Millionen Euro. Der jüngste Auftrag läuft nun über vier Jahre und umfasst

7200 Beratertage. McKinsey kann mit einem Umsatz von bis 21 Millionen Euro rechnen. Ein kleinerer Auftrag geht an Ernst & Young.

Bei der BA treffen die Berater auf einen ehemaligen Kollegen: Seit November ist Ex-McKinsey-Mann Markus Schmitz dort als Generalbevollmächtigter für Digitales zuständig. Ein BA-Sprecher betont, Schmitz sei „zu keinem Zeitpunkt“ in das Vergabeverfahren an seinen alten Arbeitgeber eingebunden gewesen. Zuletzt war McKinsey durch Korruptionsermittlungen der Berliner Staatsanwaltschaft in die Schlagzeilen geraten: Die Firma hatte den Berliner Senat in Flüchtlingsfragen „pro bono“ beraten und anschließend einen bezahlten Auftrag erhalten. sve, wow

SPD

Mehr Geld für Apotheker

Apotheker sollen für Nachtdienste und bessere Beratung mehr Geld erhalten. Mit diesem Vorschlag reagiert die SPD-Bundestagsfraktion auf die Kampagne der Apothekerlobby gegen den Versandhandel von Arzneimitteln. So könnten Apotheker belohnt werden, die Beratungskabinen einrichten, um Kunden die Peinlichkeit öffentlicher

Verkaufsgespräche zu ersparen. Auch die detaillierte Aufklärung über mögliche Wechselwirkungen soll ihnen zusätzlich Geld einbringen. Der SPD-Gesundheitsexperte und Fraktionsvize Karl Lauterbach sagt, auf diese Weise werde den niedergelassenen Apothekern geholfen, sich gegen Internetkonkurrenz zu behaupten. Das von Gesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) geplante Versandhandelsverbot lehnt die SPD hingegen ab. neu